

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung
– Drucksache 17/11685 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 2069 (2012) vom 9. Oktober 2012 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Bericht der Abgeordneten Herbert Frankenhauser, Klaus Brandner, Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Michael Leutert und Sven-Christian Kindler

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 28. November 2012 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) zuzustimmen.

Für die Beteiligung an ISAF in Afghanistan werden bis zu 4 400 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung eingesetzt.

Das Mandat läuft bis zum 28. Februar 2014 und gilt nur, solange eine Ermächtigung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vorliegt.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der deutschen Beteiligung am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)

werden sich für den Zeitraum 1. Februar 2013 bis 28. Februar 2014 mit bis zu 4 400 Soldatinnen und Soldaten auf insgesamt 1 071,8 Mio. Euro belaufen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2013 rund 913,9 Mio. Euro sowie auf das Haushaltsjahr 2014 rund 157,9 Mio. Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 des Bundeshaushaltes 2013 und im Finanzplan für das Jahr 2014 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hat die Vereinbarkeit mit der Haushaltslage des Bundes mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN festgestellt.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 16. Januar 2013

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Klaus Brandner
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

Michael Leutert
Berichterstatter

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

